



AUF EIN WORT

Es war ein historisches Urteil: Die Regelleistungen bei Hartz IV sind willkürlich, für Kinder nicht existenzsichernd und insgesamt verfassungswidrig. Zu diesem Ergebnis kam das Bundesverfassungsgericht. Das vernichtende Urteil gilt gleichzeitig für SPD und Grüne, für Union und FDP. Was DIE LINKE schon immer kritisierte, bestätigt sich nun zum fünf-jährigen Bestehen: Hartz IV ist ein Angriff auf den Sozialstaat und Armut per Gesetz.

Trotz Urteil bleiben aber die verheerenden Folgen der Hartz-Gesetze bestehen: Hartz IV gehört abgeschafft, weil Erwerbslose von den Jobcentern malträtiert werden und Erwerbstätige von staatlich subventioniertem Lohndumping betroffen sind. Wir fordern deshalb eine repressionsfreie Mindestsicherung von 500 Euro für Erwachsene, eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung sowie einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Und haben das auch direkt nach dem Urteil im Bundestag eingereicht ...

Euer

SCHWERPUNKT: Klaus Ernst als Parteivorsitzender der LINKEN vorgeschlagen

Mit großer Mehrheit haben am 26. Januar Parteivorstand und Landesvorsitzende bzw. Landesprecherinnen und Landessprecher der LINKEN Klaus Ernst für das Amt des Parteivorsitzenden vorgeschlagen. Zusammen mit Klaus Ernst wurde Gesine Löttsch als Vorsitzende vorgeschlagen.

Der Vorschlag war aufgrund der Ankündigung von Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und Dietmar Bartsch, auf dem Bundesparteitag im Mai nicht wieder für ihre Ämter anzutreten, notwendig geworden. „Durch Oskar Lafontaine ist DIE LINKE in der Bundesrepublik angekommen“ bedauert Klaus Ernst den Rückzug Lafontaines von seinen Bundesämtern. „Seine Strategie, bei unseren Kernpunkten nicht zu wackeln, hat uns stark gemacht. Daran müssen wir festhalten, wenn wir weiter wachsen wollen.“

Dem Vorschlag für die Spitzenämter für DIE LINKE zufolge sollen Klaus Ernst und Gesine Löttsch als Doppelspitze die Partei als Vorsitzende führen. Als Stellvertretende Vorsitzende wurden Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzynieak und Heinz Bierbaum vorgeschlagen. Die Bundesgeschäftsführung soll ebenfalls in einer



Der Vorschlag für das neue Spitzenpersonal. (Quelle: Fraktion DIE LINKE)

Doppelspitze von Caren Lay und Werner Dreibus wahrgenommen werden. Raju Sharma wurde als Bundesschatzmeister und Ulrich Maurer als Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand mit besonderer Verantwortung für die Parteibildung benannt. Diese Aufgabe soll er zusammen mit Halina Wawzynieak wahrnehmen.

Auf seiner Sitzung am 20. Februar hat auch der Landesvorstand DIE LINKE Bayern eine Unterstützung der Kandidatur von Klaus Ernst beschlossen. Im Beschluss heißt es unter anderem: „Der Landesverband Bayern sowie der Landesvorstand unterstützt die Nominierung und die Kandidatur von Klaus Ernst zum Bundesvorsitzenden und das Personaltableau des Bundesvorstandes

nachdrücklich. Klaus Ernst ist als Person und von den Inhalten, für die er eintritt, eine würdige Nachfolge für Oskar Lafontaine.“

Tipp zum Weiterlesen: der **Personalvorschlag** sowie das **Pressestatement** von Klaus Ernst, diverse **Interviews mit Klaus Ernst** zum Personalvorschlag und der Zukunft der LINKEN. ◀

FRANK FIRSCHING UND DIE
OB-WAHL IN SCHWEINFURT

JOBKILLER SIEMENS

LINKE LANDESGRUPPE
IN BAYERN

Parteispenden von Unternehmen verbieten

Mit einem Antrag auf Verbot von Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden reagiert DIE LINKE auf den Spendenskandal der „Mövenpick-Partei“. Der Miteigentümer der Mövenpick-Hotels hatte der FDP 1,1 Millionen Euro und der CSU 820.000 Euro gespendet. Kurz darauf wurde die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt. „Politik muss wirtschaftlich unabhängig von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sein.“ findet auch Klaus Ernst. Die Parteienfinanzierung sollte sich daher v.a. am Erfolgswert der Parteien orientieren, d.h. an den Wähler/innen-Stimmen und der Anzahl der Mitglieder.

Politischer Aschermittwoch in Passau

Zum traditionellen politischen Aschermittwoch in Passau zogen Klaus Ernst, Sahra Wagenknecht, Eva Bulling-Schröter und Werner Kneuer in Tiefenbach bei Passau harte Bilanz. Insbesondere die Aussagen von Guido Westerwelle rufen weiter Empörung und Kritik hervor. Eine kleine Minderheit tanze der „Mehrheit der Bürger auf der Nase rum“, kritisierte Ernst, und werfe ihr gleichzeitig noch Dekadenz vor, „während auf der anderen Etage gesoffen und gelebt wird in Saus und Braus“.

Klaus Ernst fordert mehr Geld gegen Rechtsextremismus

Klaus Ernst hat nach der erfolgreichen Verhinderung des Neonazi-Aufmarschs in Dresden mehr Mittel für Projekte gegen Rechtsextremis-

SCHWEINFURT: Frank Firsching – der Beste für ein gerechtes Schweinfurt!

Am 7. März hat Schweinfurt die Wahl. Die effektivste und preiswerteste Werbung für die Stadt wäre ein LINKER Oberbürgermeister.

Erstmals treten sechs Kandidatinnen und Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl an. Spannend ist der Wahlkampf aber vor allem, weil mit Frank Firsching ein weit über die Stadt hinaus bekannter, kompetenter und geachteter Gewerkschafter seinen roten Hut in den Ring wirft. Sein Programm nimmt die Sorgen der Menschen auf und fordert:

- Ein gutes Angebot an Betreuungsplätzen für die ganz kleinen Schweinfurter und Schweinfurterinnen,
- Ganztagschulen,

- bürgernahe Serviceleistungen, wie z.B. einen preiswerten ÖPNV,
- eine fördernde kommunale Arbeitsmarktpolitik sowie
- ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Pflegeangebot.

Im Ringen um einen Sozialpass in Schweinfurt steht DIE LINKE im Stadtrat schon jetzt an der Seite der Sozial-Initiativen und Vereine. Bislang wird diese wichtige soziale Leistung für eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben in der Stadt von der konservativen Mehrheit im Stadtrat abgelehnt. Dabei gibt es den vergleichbaren Sozialausweis bereits seit 1985 in Schweinfurt – nur weiß



es die langjährige noch amtierende CSU - Oberbürgermeisterin nicht. Oder will sie es nicht mehr wissen? Diesen Peinlichkeiten wird Frank Firsching als Oberbürgermeister den Garaus machen. Ehrlich, offen, kompetent und im Miteinander für die Bürgerinnen und Bürger in Schweinfurt. ◀

ARBEITSMARKTPOLITIK: Leiharbeit begrenzen

Der Fall SCHLECKER ist nur einer von vielen: Leiharbeit wird systematisch zum Lohndumping genutzt. Auszug aus der Rede von Klaus Ernst im Deutschen Bundestag vom 28. Januar 2010 zum Antrag der LINKEN „Lohndumping verhindern – Leiharbeit begrenzen“.

„Bei der Firma Schlecker wird den Verkäuferinnen gekündigt; dann wird ihnen angeboten, bei den neuen XL-Märkten als Leiharbeiterinnen wieder anzufangen. Etwa 4 300 Leute sind betroffen. Ihnen wird gesagt, sie könnten dort für die Hälfte des Lohnes arbeiten, ohne Weihnachtsgeld, bei weniger Urlaubstagen. (...) Immer mehr Arbeitnehmer

in Leiharbeitsfirmen sind Aufstocker, so auch bei der Firma Schlecker. Sie werden zum Teil aus Steuergeldern bezahlt, während Herr Schlecker, der Eigentümer dieses Unternehmens mit einem geschätzten Vermögen von 2,4 Milliarden Euro, weniger Lohnausgaben hat. Wir finanzieren mit Steuergeldern die billigen Löhne und den Reichtum von Anton Schlecker. (...)“

Der Sinn der Leiharbeit ist ganz einfach erstens eine Lohnsenkung für die Beschäftigten und zweitens eine Disziplinierung der Arbeitnehmer, die nicht in Leiharbeit beschäftigt, sondern im selben Unternehmen wie die Leiharbeiter festangestellt sind. (...) Deshalb fordern wir LINKEN: Erstens darf der Grundsatz

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht unterlaufen werden, auch nicht durch Tarifverträge. Zweitens müssen Leiharbeiter wie in Frankreich besser gestellt werden als die normalen Arbeitnehmer, weil sie besonders flexibel sein müssen. Deshalb fordern wir eine Zulage in Höhe von 10 Prozent des Bruttolohns für Leiharbeiter in den Betrieben. Die Überlassungshöchstdauer muss wieder auf drei Monate begrenzt werden, und vor allen Dingen brauchen wir wieder mehr Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte. Wer weiß besser, ob reguläre Arbeitsverhältnisse zugunsten von Leiharbeit beendet werden sollen, als die Betriebsräte?“ ◀

GEWERKSCHAFTEN: Jobkiller Siemens in Bad Neustadt

„Millionen sind stärker als Millionäre“ ruft Klaus Ernst, Erster Bevollmächtigter der IG Metall und stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN den wütenden Demonstranten in Bad Neustadt zu. Mehr als 7.000 Menschen hatten sich in knackiger Winterkälte am 10. Februar aufgemacht, um lautstark gegen die Kürzungspläne von Siemens zu protestieren.

Am Standort Bad Neustadt sollen 840 von 2.000 Stellen streichen. „Siemens kann mit dieser Entscheidung eine ganze Region in Armut treiben.“ konstatiert Klaus Ernst. Mit T-Shirts, Trillerpfeifen, Rasseln und Transparenten füllten die Demonstrantinnen und Demonstranten die ganze Stadt. Aufgerufen hatten neben der IG Metall auch Kirchen, Parteien und regionale Verbände - und das Echo übertrifft alle Erwartungen. Aus der gesamten

Region strömten Beschäftigte, Jugendliche und Familienmitglieder zur Kundgebung, denn der geplante Kahlschlag bei Siemens Industry in Bad Neustadt würde weit über den eigenen Landkreis hinaus spürbar werden. „Wir stehen auf!“ rufen die JAVis, denn was wird wohl aus einer Region, in der junge Menschen keine Chancen mehr haben? Dieser Ruf erschallt am Ende der Kundgebung aus vielen tausend Kehlen!

„Trotz Milliarden Gewinne faselt der Vorstand von Siemens von der Finanzkrise und von Absatzschwächen. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass die Männer in den Nadelstreifenanzügen nur noch an ihre Rendite denken und die Verantwortung für das Wohl der Allgemeinheit nicht wahrnehmen!“, empört sich auch der DGB-Regionvorsitzende und Schweinfurter Oberbürgermeisterkandidat Frank Firsching. ◀



Über 7.000 Menschen protestierten in Bad Neustadt gegen die Personalkürzungspläne von Siemens.

BAYERN: Arbeitsgemeinschaft LINKER Bayerischer Abgeordneter gegründet

DIE LINKE Landesgruppe Bayern ist auf sechs Abgeordnete gewachsen. Deren Zusammenarbeit soll in Hinblick auf den Einzug in den Bayerischen Landtag und für eine bessere Bekanntheit LINKER Politik in Bayern verbessert werden.



Dabei spielen auch die Mitarbeiter/innen eine große Rolle, so dass sich Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst, Nicole Gohlke und Harald Weinberg zu einer Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Beschäftigung von Mitarbeiter/innen zusammengeschlossen haben. Das bietet einige Vorteile: über Standorte für Wahlkreisbüros kann breiter diskutiert und die Arbeit besser koordiniert werden. Sieben Mitarbeiter/innen wurden zu Beginn des Jahres eingestellt, so dass

auch die Möglichkeit für einen Betriebsrat gegeben ist. Im Wahlkreisbüro von Klaus Ernst (Hadergasse 11, 97421 Schweinfurt) arbeitet nun Eva Mendl. Unter den bekannten Kontaktdaten (Telefon: 09721 - 730 98 11, Telefax: 09721 - 730 98 12, E-Mail: klaus.ernst@wk.bundestag.de) sowie Montags von 10 bis 14 Uhr und Donnerstags von 13 bis 18 Uhr steht Eva Mendl für Fragen und Anregungen rund um LINKE Politik in Unterfranken zur Verfügung. ◀

mus gefordert. «In Dresden hat die Zivilgesellschaft gezeigt, wozu sie fähig ist. Zivilcourage ist der richtige Weg, um Neonazis in die Schranken zu weisen», erklärte Ernst. Die Programme gegen Rechts müssten aufgestockt werden.

Weit mehr als 10.000 Menschen hatten in Dresden mit Massenblockaden und friedlichen Protesten den geplanten Aufmarsch einiger tausend Neonazis verhindert. Auch DIE LINKE hatte zu den Protesten aufgerufen.

Klaus Ernst schreibt offenen Brief an Guido Westerwelle

In einem offenen Brief an den Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle fordert Klaus Ernst diesen auf, angesichts seiner Äußerungen zu Hartz IV, zu seinen Nebeneinkünften Stellung zu nehmen und diese vollständig offen zu legen. Guido Westerwelle hielt in der 16. Wahlperiode insgesamt 35 Vorträge bei Versicherungen, Banken, Unternehmen etc., für die er bis auf eine Ausnahme jeweils mehr als 7.000 Euro erhalten hatte. Seine Nebentätigkeiten summieren sich also auf mindestens 270.000 Euro - es kann auch eine Million gewesen sein oder darüber hinaus.

LINKE unterstützt ersatzlose Streichung der Sanktionen in Hartz IV

Sowohl Parteivorstand als auch der Vorstand der Bundestagsfraktion unterstützen die Petition zur ersatzlosen Streichung des Sanktionsparagrafen 31 im SGB II. „Sanktionen kürzen das Existenzminimum und dienen der Disziplinierung von Erwerbslosen und Nichtbeschäftigten. Sie gehören abgeschafft.“ findet auch Klaus Ernst. Alle Informationen zur Unterstützung der Petition finden sich unter <http://sanktionen-weg.de>.



Klaus Ernst vor Ort:

27.2.2010, ab 10.00 Uhr, Duisburg

Zum Wahlkampfauftakt spricht Klaus Ernst auf dem Landesparteitag der LINKEN. NRW in der Rhein-Ruhr-Halle.

4.3.2010, ab 17.30 Uhr, Schweinfurt

Zur Wahlkampfkundgebung kommen Oskar Lafontaine, Klaus Ernst und Frank Firsching ins Naturfreundehaus Schweinfurt.

7.3.2010, Schweinfurt

Zur Oberbürgermeisterwahl in Schweinfurt stellt DIE LINKE Frank Firsching als Kandidaten auf. Klaus Ernst wird im Vorfeld den Wahlkampf auch mit unterstützen.

17.3.2010, 18.00 Uhr, Würzburg

Klaus Ernst diskutiert auf einer Podiumsdiskussion des sozialen Bündnis Würzburg über die politische und ökonomische Situation in der Republik.

24.3.2010, 17.00 Uhr, Stendal

Klaus Ernst besucht den Kreisparteitag in Stendal und stellt sich den Fragen

und Anforderungen der Delegierten

25.3.2010, 17.00 Uhr, Frankfurt/Main

Klaus Ernst besucht den Kreisverband Frankfurt/Main und diskutiert auf einer öffentlichen Veranstaltung.

27.3.2010, ab 10.00 Uhr, Pasewalk

Klaus Ernst besucht den Kreisparteitag des Kreisverbandes Peene-Uecker-Ryck und stellt sich den Fragen und Anforderungen der Delegierten.

17.4.2010, ab 10.00 Uhr, Bochum

Klaus Ernst spricht auf der gewerkschaftspolitischen Konferenz im Jahrhunderthaus der IG Metall in Bochum.

23.4.2010, 10.00 Uhr, Berlin

Klaus Ernst diskutiert als Vertreter der LINKEN auf einer Podiumsdiskussion des DGB Bundesvorstandes zur Praxis und Zukunft der betrieblichen Mitbestimmung.

24.4.2010, Kassel

Klaus Ernst wird bei der Beratung der Kreisvorsitzenden der Partei DIE LINKE in Kassel teilnehmen.

NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

➤ **Personalvorschlag Geschäftsführender Parteivorstand:** auf einer Pressekonzferenz am 26. Januar hat Gregor Gysi den Personalvorschlag für die Spitzenämter der Partei DIE LINKE vorgestellt.

Antrag Mindestsicherung: „Weg mit Hartz IV – für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung“ heißt der Antrag, der als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine gänzlich neue Mindestsicherung fordert.

Artikel zur Gesundheitspolitik: „Hartz IV für die Gesundheit“ heißt ein gemeinsamer Artikel von Klaus Ernst und Alexander Fischer, der die Folgen einer Kopfpauschale für das deutsche Gesundheitssystem aufzeigt.

Antrag und Rede zu Leiharbeit: „Lohndumping verhindern – Leiharbeit begrenzen“ heißt der neue Antrag der Bundestags-

fraktion DIE LINKE, zu dem Klaus Ernst am 28. Januar im Deutschen Bundestag gesprochen hat.

Brief an Guido Westerwelle: in einem offenen Brief fordert Klaus Ernst Guido Westerwelle auf, seine Zuverdienste umfassend offen zu legen. Der Brief enthält auch eine Auflistung der Zuverdienste und Informationen zu den Finanziers.

Gesetzentwurf: mit einem offenen Gesetzentwurf will DIE LINKE gegen Verdachtskündigungen und für eine Erweiterung der Voraussetzungen bei Bagatelldelikten vorgehen.

Video: die Rede von Klaus Ernst beim politischen Aschermittwoch in Passau findet sich jetzt auch als Video auf der Homepage.

Artikel: „Die Skepsis gegenüber der SPD ist berechtigt“, Interview mit Klaus Ernst im Tagesspiegel.

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst als erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.